



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 15. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 14.12.2010,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:05

Ende: 22:15



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Jürgen Doll

ab 18.30 Uhr TOP 2 ö.S.  
bis 19.57 Uhr TOP 4 ö.S.

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

bis 19.57 Uhr TOP 4 ö.S.

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller



Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

bis 20.11 Uhr TOP 4 ö.S.

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Claus Eisenstein

(Jugendamt)

Michael Heder

(Stadtbauamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Peter Kaiser

(Stadtbauamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Christoph Kamplade

(Projektteilung Landesgartenschau)

Sonstige

Mirko Bahm

(Leiter Pressestelle)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Ute Hangen

(Geschäftsführerin Landesgartenschau 2014 GmbH)

Matthias Schmauder

(Geschäftsführer Landesgartenschau 2014 GmbH)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer



Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Prof. Peter Leiner

Michael Scheid

CDU

Susanne Burckhardt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, unter Punkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung noch zwei weitere Eilentscheidungen mit aufzunehmen.

**Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.**

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, unter Punkt Verschiedenes eine kurze Aussprache zu den aktuellen Entwicklungen zum Geothermiewerk nach den neuerlichen Erdbeben zu machen.

**Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

### Tagesordnung

#### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Planfeststellungsverfahren B 10  
Vorlage: 660/007/2010
- 2.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen dem Ausbau der Bundesstraße 10  
Vorlage: 101/099/2010
3. Jahresabschluss 2009 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb  
Vorlage: 820/035/2010
4. Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2014, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung sowie Beteiligungsberichte  
Vorlage: 240/023/2010
- 4.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Bau einer Mensa im Schulzentrum Ost
- 4.2. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Sanierung städtische Wohnungen Cornichonstraße
- 4.3. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die leerstehenden Kasernengebäude an der Cornichonstraße
- 4.4. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2011  
Vorlage: 820/036/2010
5. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2011 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung  
Vorlage: 860/063/2010
6. Wirtschaftsplan 2011 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH  
Vorlage: /009/2010



7. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 200/032/2010
8. Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Südliche Weinstrasse GmbH  
Vorlage: 100/027/2010
9. Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge  
Vorlage: 160/003/2010
10. Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln zur Begleichung der Ausbaubeiträge für die Teileinrichtung Oberflächenentwässerung in der Löhlstraße, Stadion  
Vorlage: 400/017/2010
11. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Zahlung der Schulkostenbeiträge an die Verbandsgemeinde Landau-Land für die Hauptschüler aus Arzheim, Mörzheim sowie Wollmesheim, die die Grund- und Hauptschule in Ilbesheim besuchen.  
Vorlage: 400/018/2010
12. Verzicht auf die Erhebung von Vorausleistungen auf den endgültigen Ausgleichsbetrag nach 154 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) im Anpassungsgebiet "Teilbereich Südstadt"  
Vorlage: 600/028/2010
13. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächen-entwässerung in der Gabelsbergerstraße -nördlicher Teil- in Landau in der Pfalz.  
  
Bildung des Abrechnungsgebietes und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Aufwand.  
Vorlage: 680/026/2010
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende erläuterte den zahlreich anwesenden Einwohnern die Regeln der Einwohnerfragestunde. Die Einwohnerfragestunde sei auf maximal 1 Stunde begrenzt. Zulässig seien nur Fragen, keine Stellungnahmen.

Herr Dumröse wollte wissen, ob es in dem Baumgutachten auch Aussagen zu den Bäumen in der Cornichonstraße und der Hartmannstraße gebe.

Der Vorsitzende verneinte dies.

Herr Dumröse appellierte an den Rat, die Entscheidung zu den Baumfällungen nochmals aufzugreifen und zu überdenken.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es einen Beschluss gebe und dieser Beschluss werde umgesetzt.

Herr Schmitt sprach die Bürgerbeteiligung zur Südstadt an. Er wolle wissen, wie groß das Interesse der Bürger war. Weiter wolle er wissen, ob die beiden zusätzlichen Gebäude auch über das Jahr 2014 hinaus erhalten blieben. Dies habe der Stadtrat seines Wissens so beschlossen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass Beschlusslage sei die beiden Gebäude bis zur Landesgartenschau zunächst zu erhalten. Danach werde dann neu entschieden, was damit passiere.

Herr Kamplade informierte, dass insgesamt 4 Bürger eine Stellungnahme abgegeben hätten. Die Gebäude seien deshalb im zweiten Plan nicht mehr enthalten, weil dies der Plan ab 2015 sei, während der erste Plan bis 31.12.2014 gelte. Dies entspreche der Beschlusslage des Stadtrates.

Ein Student sprach die beschlossenen 3-Monats-Parktickets an. Ihn interessiere, ob und wie viele mittlerweile verkauft worden seien. Weiter wolle er wissen, ob die Stadt damit rechnet, dass die Parkplätze zu 100 % ausgelastet sind und ob eine Subventionierung generell als Verlust gewertet werde.

Der Vorsitzende erwiderte, dass eine Subventionierung von Parkplätzen für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe rechtlich nicht möglich sei. Es sei so, dass es in bestimmten Bereichen eine Auslastung von 100 % gebe, aber natürlich nicht überall.

Herr Werner Müller erkundigte sich, ob es diesmal eine Ausschüttung der Stadtholding gebe oder ob dies erneut wegen der Geothermie nicht möglich sei.

Bürgermeister Hirsch erläuterte, dass die Energie Südwest die erkennbaren Risiken der Geothermie entsprechend abgeschirmt habe. Daher könne man aus wirtschaftlicher Sicht Entwarnung geben.

Herr Strack erkundigte sich nach dem kulturellen Konzept der Landesgartenschau. Er stelle die Frage, ob die Zusage des Oberbürgermeisters an den Kunstverein zur Gestaltung eines Bildhauersymposiums seriös sei.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er keine Zusage gegeben habe, da ihm dies gar nicht zustehe. Richtig sei, dass er sich wünsche wenn es ein Bildhauersymposium während der Landesgartenschau gebe. Der Kunstverein habe der Stadt ein Konzept zur Verfügung gestellt und es habe einen ersten Kontakt gegeben. Richtig sei auch, dass keine Finanzmittel für ein Bildhauersymposium zur Verfügung stehen. In Bingen seien solche Dinge über Sponsoren finanziert worden. Dies müsse auch in Landau so sein.



Ein Student sprach die Neuausschreibung des ÖPNV im Jahr 2012 an. Sei dieses Mal angedacht, die Außenstände der Universität besser zu integrieren und sie so zu vertakten, dass Studierende es auch nutzen können?

Herr Bernhard erläuterte, dass derzeit das Gutachten erstellt werde. Sobald dieses vorliege, werden die Gremien beteiligt.

Der Vorsitzende ergänzte, dass man natürlich versuche, die Linienvertaktung zu optimieren. Ein eigenes Stadtbussystem könne man sich nicht leisten.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Planfeststellungsverfahren B 10

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er verwies ebenfalls auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 22. November 2010, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt ist.

Die Position der Stadt Landau gegen den Ausbau der B 10 sei hinlänglich bekannt. Der heutige Beschlussvorschlag bekräftige, warum die Stadt gegen den Ausbau sei. Es bringe der Stadt Landau und der Ökologie Nachteile und nutze auch der Wirtschaft nichts. Im Mediationsverfahren sei keine Einigung zu erzielen gewesen, die Stimmung sei teils eisig gewesen. Heute habe man die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde zur Kenntnis zu nehmen. Für die Stadt Landau ergebe sich keine Klagebefugnis. Man könne und dürfe nicht klagen. Es wäre daher unverantwortlich, sehenden Auges Geld hinauszuerwerfen.

Man könne durchaus politisch darüber streiten, ob eine Klage von symbolischer Bedeutung sein könnte. Am Ende würde man definitiv auf der Verliererseite stehen. Wenn man dies wisse, müsse sich der Protest eben auf den Protest beschränken.

Das Land habe eine Gesamtabwägung getroffen und will diesen Ausbau. Er wolle ihn nicht und solange die Tunnel nicht ausgebaut seien, mache der Ausbau auch verkehrspolitisch keinen Sinn. Mit Blick auf die demographische Entwicklung sei klar, dass sich die Arten der Verkehre auch verändern werden.

Ratsmitglied Schröder begründete den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion. Bisher seien die Reihen über alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen hinweg zu 100 % geschlossen gewesen. Auch das Mediationsverfahren habe gezeigt, wie unnützlich und schädlich dieses Projekt für die gesamte Region sei. Die Mediation habe scheitern müssen, da die Befürworter nicht bereit gewesen seien die Ergebnisse zu akzeptieren. Eine Klage der Stadt Landau gegen den Planfeststellungsbeschluss dürfe nicht nur aus der Sicht eines juristischen Erfolges gesehen werden. Vielmehr wäre es ein verheerendes politisches Signal, wenn man aus den bisher geschlossenen Reihen ausscheren würde. Die Öffentlichkeit würde diese Haltung der Stadt als unglaublich ansehen. Nach den offiziellen Äußerungen des heutigen Oberbürgermeisters im damaligen Mediationsverfahren würde ein Beschluss gegen eine Klage als Verrat an der gemeinsamen Sache angesehen werden. Die Kosten für das Klageverfahren würden in der angegebenen Höhe nur anfallen, wenn man bis zu einem Urteil im Verfahren bleibe. Es gebe aber jederzeit die Möglichkeit, aus dem Verfahren auszusteigen. Sie sehe genügend Anhaltspunkte für eine Klage. Daher bitte Sie den Stadtrat die Haltung zu überdenken und eine Klage der Stadt Landau gegen den Planfeststellungsbeschluss zu beschließen. Sollte man hier, was sich abzeichne, keinen Konsens finden, beantrage man die Bürgerinitiativen bei ihrer Klage finanziell mit einem Betrag von 10.000 Euro zu unterstützen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass das Ergebnis des Mediationsverfahrens gezeigt habe, dass sich beide Seiten unversöhnlich gegenüber standen.

Herr Joritz erläuterte, dass eine Klage dann Erfolg habe, wenn sie zulässig und begründet sei. Knackpunkt sei die Frage, ob die Stadt in ihren eigenen Rechten verletzt sei. Dies seien die Rechte, die sich aus Artikel 28 Grundgesetz ergeben. Beispielsweise sei dies das Recht der Planungshoheit. Es sei zu fragen, wo das Planungsrecht der Stadt verletzt sei. Man werde hier keinen Ansatzpunkt finden. Weder gebe es ein konkretes Baugebiet in diesem Bereich noch könne man eine Gesamtbeeinträchtigung der planerischen Entwicklung sehen. Auch das Stadtbild werde nicht beeinträchtigt.

Im Bezug auf die städtischen Grundstücke im Bereich der Planfeststellung ergebe sich ebenfalls keine Klagebefugnis. Die Stadt sei hier Hoheitsträger und könne sich folglich nicht auf Artikel 14 Grundgesetz berufen. Ein letzter Punkt wäre die Betroffenheit von kommunalen Einrichtungen zur Daseinsvorsorge wie beispielsweise Krankenhäuser. Das Klinikum sei aber keine städtische Einrichtung, sondern gehöre einer GmbH. Die Stadt sei auch nicht Sachwalter allgemeiner öffentlicher



Interessen. Sie könne also nicht klagen, um Interessen der Bürger geltend zu machen. Somit lägen offensichtlich keine Gründe für eine Klagebefugnis vor. Die Klage wäre aber auch nicht begründet. Dazu müsste man dem Land nachweisen, dass es eine falsche Abwägung der Rechte vorgenommen habe.

Eine Klage werde aus den dargelegten Gründen mit ganz überwiegender Wahrscheinlichkeit keinen Erfolg haben.

Bei den Kosten gehe das Oberverwaltungsgericht bei Klagen von Kommunen von einem Streitwert von 50.000 Euro aus. Wenn man Gerichts- und Anwaltskosten zusammenzähle würde ein Verfahren mit Sicherheit mehr als 10.000 Euro kosten.

*Ratsmitglied Müller* monierte, dass offenbar aus dem Zuschauerraum Video- und Tonbandaufnahmen vorgenommen werden.

*Der Vorsitzende* stellte klar, dass dies nicht zulässig sei, da es die Persönlichkeitsrechte der Ratsmitglieder verletze.

*Ratsmitglied Dr. Kopf* erklärte, dass im Stadtrat eine überwiegende Einigkeit bestehe zur Haltung gegen einen Ausbau der B 10. Es gebe keinen Grund an der Position zu rütteln. Die Landauer SPD lehne diesen Ausbau ab. Die Kosten seien zu hoch und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Durch den Ausbau würde man nur einen Zuwachs von Transitverkehr ernten. Dies könne nicht im Sinne der Stadt Landau sein. Der Ausbau der Tunnel würde Hunderte Millionen Euro kosten. Landau wäre durch die Wohngebiete durchaus betroffen. Daher finde man auch die Initiativen und Aktivitäten der Bürgerinitiativen und des BUND sinnvoll und richtig.

Es sei müßig zu diskutieren, ob das Oberverwaltungsgericht die Klage gleich wegen Unzulässigkeit zurückweise. Auf jeden Fall wäre ein Betrag von 10.000 bis 20.000 Euro in die Hand zu nehmen. Man sei sich politisch einig, es gebe lediglich einen Wertungsunterschied bezüglich der Taktik. Aus seiner Sicht hätte eine Klage der Stadt Landau den falschen symbolischen Wert. Es gehe daher um die Frage, wer am besten klagen sollte. Dies seien seiner Meinung nach die Naturschutzverbände. Der vorgelegte Planfeststellungsbeschluss sei sehr ausdifferenziert und sehr sorgfältig erarbeitet. Die Stadt Landau habe hier keinen Hebel, an dem sie ansetzen könne.

Es sollten daher die klagen, die am besten Erfolgchancen haben. Die SPD-Stadtratsfraktion sehe es als selbstverständlich an, dass die Verwaltung mögliche Kläger ideell unterstützt. Diskutieren könne man auch über eine kostenmäßige Beteiligung der Stadt an einer Klage eines anderen. Dann müsse man aber wissen für wen und in welcher Höhe. Das Geld sollte für den Kläger ausgegeben werden, der die besten Erfolgchancen habe. Dies sollte man im Ältestenrat mit den Bürgerinitiativen und den Verbänden diskutieren.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage der Verwaltung zu.

*Ratsmitglied Kautzmann* vertrat die gleiche Meinung wie Herr Dr. Kopf. Die Position der CDU sei unverändert und von Anfang an klar gewesen. Solange die Tunnels bei Annweiler zweispurig sind, mache der vierspurige Ausbau der B 10 keinen Sinn. Zudem sollte der Transitverkehr eher noch weiter eingeschränkt werden, anstatt ihn auszubauen. Dann wären die Verkehrsprobleme im Pirmasenser Raum in den Griff zu bekommen. Ohne den Ausbau der Tunnels werde man Staus produzieren. Die Rechtslage im Hinblick auf eine Klage sei eindeutig. Man könne kein Geld ausgeben, um der Symbolik zu huldigen. Auf diesem Wege könne man nichts erreichen. Dies müsse man auch klar sagen.

Vielmehr sollte man darüber nachdenken, städtische Grundstücke, die für den Ausbau benötigt werden, nicht zu verkaufen. Damit könne man das Verfahren verzögern. Über eine finanzielle Beteiligung der Stadt an Klagen Dritter sollte man in aller Ruhe reden. Dies könne man heute nicht entscheiden.

Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

*Ratsmitglied Volkhardt* stellte fest, dass die Grundsatzdiskussion zu diesem Thema im Rat schon mehrfach geführt worden sei. Es mache aus seiner Sicht überhaupt keinen Sinn zu klagen ohne Klagebefugnis. Die Position der FWG-Stadtratsfraktion zum B 10-Ausbau habe sich nicht geändert,



man sei grundsätzlich für den Ausbau. Allerdings sei man solange dagegen bis eine akzeptable Lösung für die Tunnel gefunden sei, bis es ein Konzept beim Lärmschutz für die Queichtalgemeinden gebe und das Nachtfahrverbot nicht weiter ausgeweitet werde. Der Kreis vertrete mehrheitlich exakt die gleiche Meinung wie die FWG. Auch der Ortsbeirat Godramstein habe sich für den Ausbau der B 10 ausgesprochen.

Die FWG-Stadtratsfraktion werde sich bei der Sitzungsvorlage enthalten.

Ratsmitglied Pfaffmann machte deutlich, dass die FDP-Stadtratsfraktion ebenfalls gegen eine Klage sei und dementsprechend dem Punkt 1 der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Es sollten hier keine städtische Mittel für eine Klageerhebung zur Verfügung gestellt werden. Bei Punkt 2 der Vorlage habe die FDP keine einheitliche Meinung. Bei einem vierspurigen Ausbau ginge auch wertvolle Weinbaufläche verloren.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Zeit der politischen Resolutionen vorbei sei. Jetzt sei man an einem wichtigen Punkt angelangt. Ihrer Meinung nach seien die begründeten Einwendungen der Stadt und der anderen Einwohner abgeschmettert. Die UBFL-Stadtratsfraktion wolle das Risiko einer Klage. Es gehe darum ein Signal und ein Zeichen zu setzen, dass die Stadt sich das nicht gefallen lasse. Die Stadt sollte es drauf ankommen lassen. Sie denke, dass die Rechtsprechung hier sehr im Flusse sei. Auch beim Krankenhaus sei sie anderer Meinung als Herr Joritz. Das Krankenhaus sei eine städtische GmbH zusammen mit dem Kreis und damit sehr wohl kommunal. Die Stadt sollte sich nicht zu schade sein, das Risiko einer Klage einzugehen. Jede Verzögerung sei wichtig um den Ausbau zu verhindern. Sie halte es auch für wichtig, städtische Grundstücke nicht zu veräußern und ins Enteignungsverfahren zu gehen. Die UBFL-Stadtratsfraktion unterstütze eine Klage und werde dem Antrag der Bündnis 90/DieGrünen zustimmen.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, wie lange es dauere bis eine eventuelle Klage abgewiesen werde und was es bis dahin kosten werde.

Herr Joritz erläuterte, dass man nicht sagen könne wie lange dies dauere. Die Kosten allerdings würden annähernd gleich bleiben. Er wolle aber auch nach den bisherigen Wortbeiträgen klar stellen, dass das Gericht keine politische Wertung vornehme. Das Gericht prüfe nur Rechtsfragen, sonst nichts.

Ratsmitglied Dr. Bals erklärte, dass er heute als Mitglied der Bürgerinitiative mit sehr viel Sympathie für den Antrag der Grünen hierher gekommen sei. Nach dem was heute hier von den Juristen gesagt worden sei, sei er aber jetzt auch eher für eine Unterstützung anderer Kläger. Damit hätte man die gewünschte Symbolik und die Unterstützung der Bürgerinitiativen. Ansonsten laufe man Gefahr sich mit einer eigenen Klage lächerlich zu machen.

Ratsmitglied Schröer stellte klar, dass die Grünen ihre ursprüngliche Meinung gegen eine Klage nach Gesprächen mit den Bürgerinitiativen und Abwägung aller Gesichtspunkte geändert hätten.

Ratsmitglied Kern teilte mit, dass er sich nicht der Mehrheit seiner Fraktion anschließen werde und sich bei Punkt 2 der Sitzungsvorlage enthalten werde. In Godramstein seien die Bevölkerung und auch der Ortsbeirat geteilter Meinung. Er sehe bei einem vierspurigen Ausbau der B 10 durchaus neben den negativen Folgen auch gewisse Vorteile. Es mache aus seiner Sicht keinen Sinn, die Vierspurigkeit an der Kreisgrenze enden zu lassen und die restlichen 12 Kilometer dreispurig zu lassen. Der Verkehr werde kommen bis an die Kreisgrenze und müsse dort weiter geführt werden. Selbstverständlich sei das Tunnelproblem der größte Knackpunkt.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Auffassung, dass diese Frage sehr emotional belastet sei. Er finde es sehr gut, dass heute überwiegend sehr sachlich diskutiert worden sei. Man sei überwiegend sehr nah beisammen und könne den Knoten sicherlich durchschlagen.



Der Vorsitzende erklärte, dass es mit einer Klage ja nicht darum gehen könne den Ausbau zu verhindern, sondern ihn zu verzögern und möglicherweise Verbesserungen beim Lärmschutz zu erreichen. Lärmschutzgutachten seien immer rein theoretische Berechnungen und entsprächen nicht dem, was ein Mensch tatsächlich wahrnehme. Bezüglich einer finanziellen Unterstützung der Naturschutzverbände für eine Klage, sollte man sich im Ältestenrat Anfang kommenden Jahres noch mal zusammensetzen. Er sei dafür durchaus offen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

- 1) Der Stadtrat nimmt die Entscheidungen der Planfeststellungsbehörde zur Kenntnis und stellt fest, dass sich daraus für die Stadt Landau keine Klagebefugnis ergibt.**

Der Stadtrat beschloss weiter mit 32 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen:

- 2) Der Stadtrat der Stadt Landau bekräftigt seine ablehnende Haltung gegen den 4-streifigen Ausbau der B 10 und fordert die Landesregierung auf, auf die bauliche Umsetzung der Maßnahme zu verzichten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen dem Ausbau der Bundesstraße 10**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 22. November 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 2. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 7 Ja,- 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 22. November 2010 auf Erhebung einer fristgerechten Klage gegen das Land Rheinland-Pfalz wegen dem Ausbau der B 10 wird abgelehnt.**



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

#### **Jahresabschluss 2009 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 29. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Götz erläuterte den Jahresabschluss des Eigenbetriebs. Das Jahr werde mit einem Verlust von rund 50.000 Euro abschließen. In 2009 seien 1,7 Millionen Euro in den Bauunterhalt investiert worden. Investitionsschwerpunkte im Vermögensplan seien das Schulzentrum Ost, das Eduard-Spranger-Gymnasium, das Haus Mahla und die Integrierte Leitstelle gewesen. Insgesamt seien Investitionen von 4,165 Millionen Euro in die städtischen Gebäude getätigt worden. Dies allerdings erstmals mit einer Darlehensaufnahme von 2,1 Millionen Euro. Der Schuldenstand belaufe sich damit auf 53 % des Eigenkapitals. Die Schlussfolgerung des Wirtschaftsprüfers hieraus sei, dass man die Erträge erhöhen sollte.

Ratsmitglied Eichhorn wies darauf hin, dass der Wirtschaftsprüfer in seinem Bericht empfohlen habe, die beiden Sparten zusammenzulegen. Er wolle wissen, wie dies die Verwaltung sehe.

Herr Götz erläuterte, dass dem GML diese Spartenentrennung nur Arbeit mache. Bei der Gründung des GML sei dies aber vom Rat so gewünscht gewesen. Sollte der Stadtrat nun eine Auflösung der Spartenentrennung wünschen, könne man dies sehr gerne tun.

Ratsmitglied Schröer machte deutlich, dass die Grünen für eine Beibehaltung des Spartenplanes seien.

Ratsmitglied Marquardt stellte fest, dass das Gebäudemanagement als Eigenbetrieb im Jahr 2009 8,6 Millionen Euro von der Stadt erhalten habe. Dies zeige, dass das GML abhängig von der Stadt sei. Da stelle sich die Frage, wo die Vorteile seien. Es entstehe lediglich zusätzlicher Aufwand. Erfreulich sei, dass in die Sanierung der Schulen 3 Millionen Euro geflossen seien. Dies sei aber ein Zeichen dafür, dass in den letzten Jahrzehnten die Immobilien sehr vernachlässigt worden seien. Der städtische Wohnhausbesitz habe einen Gewinn von 100.000 Euro gemacht. Bei einer Zusammenlegung der Sparten wäre dies seiner Meinung nach von Nachteil. Man sehe bei gewissen Objekten wie beispielsweise beim Archiv und Museum in der Maximilianstraße Probleme mit der Nachhaltigkeit. Aus all den dargelegten Gründen lehne die UBFL-Stadtratsfraktion den Jahresabschluss 2009 ab.

Ratsmitglied Dr. Kopf erwiderte, dass die Argumentation der UBFL unlogisch sei. Die von der UBFL so gelobten tollen Zahlen gebe es nur, weil das GML ein Eigenbetrieb sei. Klar sei, dass das GML als Eigenbetrieb Teil des städtischen Haushaltes sei. Die Zuschüsse habe man vorher auch schon geben müssen. Er denke, dass diese Zuschüsse jetzt eher geringer seien, da man Effizienzgewinne habe. Die Gründung des GML sei ein Meilenstein gewesen.

Ratsmitglied Kautzmann schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Kopf an. Im Grunde argumentiere Herr Marquardt gegen seine eigene Grundauffassung, wenn er hier Dinge kritisiere die er im Innern seines Herzens eigentlich begrüßen müsste. Er verstehe die Aussagen auch nicht. Aus einem Gemischtwarenladen sei ein Fachgeschäft geworden, das solide und transparent arbeite.

Ratsmitglied Volkhardt stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte die Zustimmung der FDP-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Schröer schloss sich dem an und signalisierte die Zustimmung der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion.



Ratsmitglied Schwarzmüller wollte wissen, wie die Erträge beim GML erhöht werden sollen.

Herr Götz erläuterte, dass es hier verschiedene Möglichkeiten gebe. Dies könne durch zusätzliche Parkgebühren bei noch nicht bewirtschafteten Stellflächen geschehen. Denkbar seien auch eine maßvolle Anpassung der Mieten an den Mietspiegel. Der Spagat zwischen betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit und sozialer Verantwortung sei ihm da durchaus bewusst. Daher habe man auch entschieden, die Bestandsverträge nicht anzupassen. Im Werksausschuss werde man entsprechende Möglichkeiten eruieren.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

1. **Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2009 mit einer Bilanzsumme von 116.287.293,73 EURO, konsolidiert aus dem Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 108.988.426,65 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 7.534.849,95 EURO.**
2. **Den Jahresverlust in Höhe von – 49.961,63 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige**

- Gebäudebestand mit einem Jahresverlust von	-150.486,83 EURO
- Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von	100.525,20 EURO

**zusammensetzt, wie folgt zu verwenden:**  
**Der Jahresverlust des Betriebszweiges Gebäudebestand Landau ist durch den Gewinnvortrag aus Vorjahren auszugleichen.**  
**Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Wohnhausbesitz dient zum teilweisen Ausgleich des Verlustvortrages des Vorjahres.**
3. **Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2009 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.**
4. **Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.**



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### **Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2014, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Striefler Stiftung sowie Beteiligungsberichte**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 18. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er hielt zunächst seine Haushaltsrede. Seit er in Landau mitentscheide, würden alle Oberbürgermeister bei jeder Haushaltsrede den Ernst der Lage beschwören. Beim Blick auf die Jahre bis 2014 zeige sich, dass man in einer doppelten Zwickmühle stecke. So steige jährlich die Bugwelle der Investitionen. Die Situation im Ergebnishaushalt sei mit einem Fehlbetrag von 23,5 Millionen Euro mehr als heikel. Gleichwohl werde Zukunft in der Stadt sichtbar. Landau habe eine außerordentlich positive Entwicklung, es gehe ein „Drive“ durch die Stadt. Schwerpunkte seien seit mehr als 10 Jahren Schulen und Kindergärten. Landau sei Aufsteigerstadt, dies sei die Gesamtleistung der Bürgerschaft.

Die ADD habe vor dem Hintergrund der Aufgaben vor denen man stehe, eine Kreditermächtigung von 5,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Hierfür sei er der Aufsichtsbehörde außerordentlich dankbar. Man habe sich im Ältestenrat gemeinsam angestrengt, um das Ziel zu erreichen. Im Moment liege man für 2012 bei 6,7 Millionen, für 2013 bei 6,8 Millionen und für 2014 bei 6,1 Millionen Euro Kreditbedarf. Das ganze jeweils ohne die Landesgartenschau. Er erwarte, dass dies von allen als verbindliches Gerüst gesehen werde. Man sei hier auf dem Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Dies erfordere seitens der Fraktionen auch eine Disziplin bei den Anträgen.

Bei der Landesgartenschau gehe es in erster Linie um eine Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen. Nach 2015 müsse das Tempo bei der Stadtentwicklung dann zurückgenommen werden.

Der Fehlbetrag des Ergebnishaushaltes belaufe sich 2011 auf 23,488 Millionen Euro. Um diesen Betrag vermindere sich das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital. Der Grund liege in der strukturellen Unterfinanzierung der Stadt. Inzwischen habe man allein 74 Millionen Euro an Krediten zur Liquiditätssicherung. Die Gründe hierfür seien nicht maßgeblich die Folgen der Investitionen, sondern die strukturell nicht den Aufgaben angemessene Finanzausstattung. Was man von Bund und Land erhalte, reiche nicht um die Aufgaben für Bund und Land zu erfüllen. Allein der Etat für Jugend und Soziales liege mit 45,3 Millionen Euro mehr als doppelt so hoch wie noch vor 15 Jahren. Beim Vergleich mit den Gesamterträgen von 93,8 Millionen Euro werde die Problematik erst richtig deutlich. Landau sei mit 20 Schulen der Schulstandort der Region. Alleine in der Berufsbildenden Schule kämen 70 % der Schüler von außerhalb. Wenn man diese Funktion weiter wahrnehmen wolle, brauche man auch die Finanzausstattung. In all den Jahren sei nichts unternommen worden, so dass man nun alleine für die Berufsschule 20 Millionen Euro für die Sanierung brauche. Hier könne man durchaus von unterlassenem Bauunterhalt sprechen.

Fakt sei, dass man 2012 einen Höchstbetrag an Kassenkrediten von 105 Millionen Euro haben werde. Dies werde dann erstmals die Erträge eines ganzen Jahres übersteigen. Die Stadt könne im Gegensatz zu einem Privaten nur sehr bedingt einsparen. Druck auf die freiwilligen Leistungen der Stadt werde durch den Kommunalen Entschuldungsfonds kommen.

Positiv wirke sich die konjunkturelle Erholung aus. Die Gewerbesteuer steige um 800.000 Euro, der Anteil an der Einkommensteuer um rund 1 Million Euro und die Schlüsselzuweisungen von 8,1 auf 9,85 Millionen Euro. Man habe in den Beratungen auch über Ergebnisverbesserungen gesprochen. Im Ergebnis bleibe die Grundsteuer im Jahr 2011 stabil, die Hundesteuer werde moderat auf 110 Euro angehoben und die Parkraumbewirtschaftung werde angemessen ausgeweitet.

Mit den Investitionen liege man 2011 bei 29,3 Millionen Euro. Diese Investitionen durch die öffentliche Hand seien ein beachtlicher Beitrag für die Wirtschaft und das Vorankommen unserer Stadt. Allein das GML investiere 4,8 Millionen Euro, wovon 3,9 Millionen in die Schulsanierungen gingen. Weitere Schwerpunkte seien das Haus der Jugend und der städtische Wohnhausbesitz. Bei der Rundsporthalle laufe es auf eine Sanierung statt einem Neubau hinaus, da das Land einen Neubau wohl nicht mitfinanziere.



Im Kernhaushalt seien Investitionen von 24,6 Millionen Euro veranschlagt, davon 6,9 Millionen für die Landesgartenschau. Im wesentlichen seien das Entwicklungsmaßnahmen im Kasernengelände Estienne Foche, Straßenbaumaßnahmen mit dem Untertorplatz, der Heinrich-Heine-Platz, der Hauptbahnhof mit seinem Umfeld sowie der Brand- und Katastrophenschutz. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfordere den Bau einer weiteren Kindertagesstätte im Süden der Stadt. Dies sei aber aus dem städtischen Haushalt nicht finanzierbar. Die Veranschlagung erfolge daher bei der Stadtholding, einer 100%-igen Tochter der Stadt. Die Stadtholding sei ein Glücksfall für die Stadt.

Die Landesgartenschau sei das Infrastrukturprojekt der nächsten Jahre. Sämtliche Investitionen würden vom städtischen Haushalt an die Projektteilung Landesgartenschau und an die Landesgartenschau GmbH durchgeleitet. Über die Zuschüsse des Landes habe es durchaus ein Hin und Her gegeben, letztendlich sei nun klar, dass sich das Land mit 27 Millionen Euro an der Landesgartenschau beteilige. Er danke insbesondere Staatssekretär Schweitzer für seine Bemühungen. Er gönne jedem seinen gedachten Anteil am Erfolg, denn entscheidend sei was hinten raus komme. Die Landesgartenschau sei förderlich für ein starkes Selbstbewusstsein der Stadt. Ohne Landesgartenschau wäre das Areal auf dem Konversionsgelände Estienne Foche auf Jahre so nicht erschließbar. Noch nicht abgeschlossen seien die Fachgespräche mit den einzelnen Ministerien, danach müsse auch beim städtischen Haushalt nochmals nachjustiert werden. Dies sei in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Man werde dann dem Stadtrat im Frühjahr 2011 einen ersten Nachtragshaushalt vorlegen. Insgesamt stoße man mit der Entwicklungsmaßnahme Estienne Foche und der Landesgartenschau Investitionen von 55 Millionen Euro an. Dies sei ein enormes öffentlich finanziertes Konjunkturprogramm III für die Stadt und die Region.

Die zurückliegenden Diskussionen zur Landesgartenschau seien nicht nur positiv gewesen. Es sei vom Tag des Zuschlages an klar gewesen, dass man mit manchen Entscheidungen sehr schnell sein müsse. In etwas mehr als 3 Jahren ist Landesgartenschau, dies habe offenbar noch nicht jeder begriffen. Gerade angesichts der Diskussion appelliere er an alle, wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren. Auffallend sei, dass man erst im nichtöffentlichen Teil zustimme und dann später in öffentlicher Sitzung bei gleichem Sachverhalt plötzlich anders votiere. Es sei seine tiefe Überzeugung, dass die Entscheidungen fachlich richtig seien. Man sei gut beraten, Linie zu bewahren und Kurs zu halten auch in stürmischen Zeiten. Offenbar habe mancher die Dynamik der Verwaltung unterschätzt. Aber man werde das hinbekommen und am Ende werde das Meer blau sein.

Zusammengefasst könne er feststellen, dass die Kreditobergrenze von 5,5 Millionen Euro erreicht worden sei. Das Jahr 2011 werde Landau voran bringen.

Landau liege zwar am südwestlichen Ende Deutschlands, aber im Herzen Europas. Man sei ein Völkchen, dass die Herausforderungen begreife, sie zielgerichtet angehe und ergebnisorientiert umsetze.

Ratsmitglied Dr. Kopf empfand die Beratungen über den Haushalt 2011 für nicht vergnügungssteuerpflichtig. Als Kommunalpolitiker habe man den Eindruck, dass das Ausmaß der Finanzmisere bei den Bürgern noch nicht angekommen sei. Er sei froh, dass man heute den Haushalt unter Dach und Fach bringen könne. Damit könne man den Schlusspunkt setzen unter eine unnötige Debatte über das Finanzierungskonzept des Landes zur Landesgartenschau. Die teils unsinnigen Debatten in den letzten Sitzungen hätten das gemeinsame Interesse am Wohlergehen der Stadt vermissen lassen. Mit diesem Haushalt gebe man nun endgültig grünes Licht für die Landesgartenschau. Nun sei es wichtig, gemeinsam an einem Strang und vor allem in die gleiche Richtung zu ziehen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sei es ganz wichtig, neben der Landesgartenschau auch die anderen Dinge nicht aus dem Auge zu verlieren. Es sei beispielsweise ganz wichtig, dass die Schulsanierungen unverändert fortgesetzt werden. Hier sei die Berufsbildende Schule der größte Brocken, der geschultert werden müsse. Ohne die erheblichen Mittel des Landes wären die Schulsanierungen in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

Eine aktive Familienpolitik werde zukünftig ein Markenzeichen kommunaler Wirtschaftspolitik sein. Sozialpolitik sei gleich Wirtschaftspolitik und umgekehrt. Es sei wichtig, Standortvoraussetzungen zu schaffen um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Landau müsse Kleinstadt mit Charme und hoher Lebensqualität sein. Eine weitere kommunale Kindertagesstätte könne über die Stadtholding



realisiert werden. Es sei ein Glücksfall, dass man über diese Einrichtung Daseinsvorsorge betreiben könne.

Zu verbessern sei der ÖPNV. Hier gebe es die Chance über die Landesgartenschau auch hier einiges auf den Weg zu bringen. So sei der künftige Bahnhofpunkt am Vinzentius-Krankenhaus ein Wunschtraum der SPD, der nun Wirklichkeit werden könne. Es gebe nur noch ein kleines Fenster im Rahmen des demographischen Wandels, das man nutzen müsse. Der Haushalt beinhalte auch einige dringend notwendige Sanierungen von Straßen in den Ortsteilen.

Man habe gemeinsam gerungen und nun einen guten Haushalt zustande gebracht. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt 2011 zu.

Ratsmitglied Morio wies zu Beginn seiner Haushaltsrede auf die hohe Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen hin, die vom wirtschaftlichen Aufschwung nicht sonderlich profitiert hätten. Wenn man die Haushaltssituation näher betrachte, fielen die exorbitant hohen Kassenkredite auf. In Landau beliefen sich diese mittlerweile auf 74 Millionen Euro. Im gleichen Maße sinke das Eigenkapital, das in einigen Jahren aufgebraucht sei. Eine privatrechtliche Firma wäre dann zahlungsunfähig. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung komme zum Ergebnis, dass die Kassenkreditverschuldung nicht von der Gemeinde zu vertreten sei. Das Land versuche nun mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds gegenzusteuern. Dieser sei seiner Meinung nach schon vom Ansatz her falsch konzipiert. Er werde nur für ein kurzfristiges Sinken der Kassenkredite sorgen, weil sich niemand traue die Struktur der Gemeindefinanzen generell anzugehen. Letztendlich werde man aber dem Kommunalen Entschuldungsfonds dennoch beitreten müssen.

Die CDU-Stadtratsfraktion begrüße ausdrücklich die Förderentscheidung der Landesregierung. Er freue sich, dass das Land mit seiner Förderzusage das Investitionsvolumen unangetastet gelassen habe. Der auf die Stadt entfallende Anteil von 8 Millionen Euro sei zu schultern. Die Gesamtinvestition sei sehr gut angelegtes Geld. Er sei davon überzeugt, dass die Investitionen in die gesamte Südpfalz ausstrahlen werden. Mit einem relativ geringen städtischen Anteil erziele man in kurzer Zeit eine nachhaltige Infrastrukturrendite. Dies sei nachhaltige Stadtentwicklung. Dennoch müsse mit den finanziellen Mitteln sparsam umgegangen werden. Die CDU-Stadtratsfraktion werde daher einen Antrag stellen, dass der Oberbürgermeister dem Stadtrat regelmäßige Controllingberichte vorlegt.

Schwerpunkt der Schulsanierungen sei im Jahr 2011 die Berufsbildende Schule. Diese Generalsanierung der BBS mit einem Volumen von 20 Millionen Euro sei alleine nicht leistbar. Die CDU-Fraktion rege daher an, das Sanierungskonzept ggfls. nochmals zu überdenken. Er schlage vor, in der Finanzplanung bis 2014 jährlich den Ansatz für die Sanierung der BBS um eine 1 Million Euro zu reduzieren.

Wenn die Rundsporthalle nun doch saniert werde, stelle sich die Frage nach der Zukunft des Jahnsportplatzes.

In den Haushaltsberatungen sei der Ausbau des Südrings und der Kreisel an der Kreuzung Xylanderstraße umstritten gewesen. Es mache keinen Sinn, den Südring auszubauen und den Kreisel dann später zu bauen. Der Kreuzungsbereich sei ein Unfallschwerpunkt und müsse entschärft werden. Die Beratungen im Ältestenrat hätten gezeigt, wie hoch sich die Bugwelle notwendiger Investitionen mittlerweile aufbaue. In den Beratungen der kommenden Jahre müsse alles getan werden, dass die Finanzplanung die Kreditlinie einhalte.

Bis zu den Beratungen des Nachtragshaushaltes sollte die Verwaltung auch Möglichkeiten einer Einnahmeverstärkung prüfen. Die Verwaltung habe daran gedacht, die Grundsteuer zu erhöhen. Die CDU-Fraktion lehne dies ab, da nach der Einführung der wiederkehrenden Beiträge eine weitere Belastung der Bürger nicht zumutbar sei.

Auf Antrag der CDU-Fraktion sei das Budget der Ortsteile neu geregelt worden. Damit werde die Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit der Stadtdörfer gestärkt.

Sorgen bereite wie in jedem Jahr der erneute Anstieg des Sozialhaushaltes. Für die beiden Teilhaushalte Jugend und Soziales ergebe sich 2011 ein Zuschussbedarf von 28 Millionen Euro. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten müsse die Verwaltung auch hier die Ausgaben kritisch überprüfen.

Die Haushaltsslage zwingt dazu, in den kommenden Jahren kreative und schmerzhaft Maßnahmen zu ergreifen.

Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt 2011 zu.



Ratsmitglied Schröer machte deutlich, dass die Ökonomie in erster Linie dem Menschen zu dienen habe und nicht umgekehrt. Im Etat der Stadt Landau seien 42 % der Aufwendungen für Jugend und Soziales vorgesehen. Es werde immer wieder beklagt, dass Bund und Land immer wieder Aufgaben und Ausgaben an die Kommunen durchreichen. Aktuell sei dies mit dem Heizkostenzuschuss für Hartz IV-Empfänger so. Auch die Betreuung der unter 1-jährigen Kinder gehöre in diese Thematik. Die Einrichtung eines Kindergartens in der Cornichonstraße mit Betreuungsmöglichkeiten für die unter 1-jährigen Kinder lehnen die Grünen aus pädagogischen Gründen ab. Sie hielte hier eine dezentrale und flexible Lösung wie beispielsweise ein Tagesmüttermodell für besser.

Ein weiterer, stetig ansteigender Brocken sei die Grundsicherung im Alter. Dieser Posten werde ebenso wie die Eingliederungshilfe für Behinderte oder der Jugendetat nur verwaltet. Wenn man im Jugendetat die Strukturen auf Nachhaltigkeit und Effizienz überprüfe, hätte man ihrer Meinung nach noch Spielräume. Nicht vergessen dürfe man, dass letztlich der Zwang von oben auch dazu führe, dass man sich um die Bedürftigen kümmere.

Für Personal- und Versorgungsaufwendungen würden etwa 37 % ausgegeben. Daher beantrage die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine pauschale Stelleneinsparung von 5 % in 5 Jahren ohne betriebsbedingte Kündigungen und damit verbunden eine Optimierung der Arbeitsabläufe in der Verwaltung.

Ein großes Ziel wäre erreicht, wenn sich bis 2012 eine Verbesserung im ÖPNV-Konzept unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Studenten erreichen ließe. Dieses Entgegenkommen hätten sich die Studenten der Stadt redlich verdient.

Wünschenswert wäre aus Sicht der Bündnis 90/Die Grünen eine Neuordnung der Landeszuschüsse für Schulen. Bildungsausgaben seien Investitionen in die Zukunft.

Im Bereich der Stadtentwicklung seien wieder viele Maßnahmen vorgesehen, so unter anderem die Maßnahme Untertorplatz auf die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerne verzichten würde.

Unmittelbar ablesen könne man die Erfolge der energetischen Sanierung der Schulen. Zu befürchten sei allerdings, dass die Kosten der Wohnhaussanierungen auf die Mieter umgeschlagen werden. Die Grünen beantragen daher, diese Kosten nicht komplett auf die Mieten umzuschlagen. Die Bürger dürften nicht aus der Südstadt vertrieben werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße ausdrücklich, dass die Rundsporthalle nun doch saniert werde. Es gehe nicht alles und um jeden Preis. Auch dies könne eine nachhaltige und ökologische Erkenntnis sein. Sie freue sich über die neuen Wege in der Energiepolitik mit Nahwärmeverbänden und Photovoltaikanlagen. Landaus Zukunft werde grün und das sei gut so.

Die Grünen würden einer Übertragung der Sportplätze auf die Vereine zustimmen. Zustimmung werde man der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, während man das kostenlose Parken an den Adventssamstagen ablehne. Denkbar wäre aus ihrer Sicht auch eine Erhöhung der Schankerlaubnissteuer und eine höhere Besteuerung von Spielautomaten. Dagegen lehne man eine Erhöhung der Grundsteuer und der Hundesteuer ab. In Erinnerung bringe sie noch mal ihren Antrag auf Aufgabe des Status der Kreisfreiheit der Stadt.

Erleichtert sei sie, dass nun Klarheit herrsche über die Landeszuschüsse zur Landesgartenschau. Den Grünen sei es wichtig, die Bürger rechtzeitig einzubinden und Transparenz bei den Entscheidungen zu schaffen. Fehler, wie sie bei den Baumfällungen gemacht worden seien, dürften sich nicht mehr wiederholen.

Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2011 zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt bezeichnete den Haushalt 2011 als eine konsequente Fortsetzung der Vorjahre. Der originäre Fehlbedarf werde als selbstverständlich hingenommen, man rege sich nicht mehr auf. Dies könne man als Resignation bezeichnen. Durch die Finanzzusage des Landes stehe die Vorbereitung der Landesgartenschau nun auf festen Füßen. Dennoch bleibe die Landesgartenschau eine Herkulesaufgabe. Alle seien aufgefordert konstruktiv mitzuhelfen und die Vorbereitungen nicht durch ständige Quengeleien zu stören. Man dürfe bei aller Euphorie nicht vergessen, dass es auch noch ein Leben nach der Landesgartenschau geben werde.

Bei der Berufsbildenden Schule sei mittlerweile ein Sanierungsstau von mehr als 20 Millionen Euro aufgelaufen. Sein Vorschlag „Neubau statt Sanierung“ sei offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu realisieren. Im Hinblick darauf, dass nur 30 % der Schüler der Berufsbildenden Schule aus



Landau kommen, müsse über eine Kooperation mit dem Landkreis sowie einer Neuordnung der Schullandschaft und der Schülerströme nachgedacht werden.

Die FWG-Stadtratsfraktion könne auch sehr gut damit leben, dass die Rundsporthalle aufgrund der fehlenden Beteiligung des Landes saniert statt neu gebaut wird.

Ausdrücklich begrüße er, dass die Grundsteuer gerade nach der Einführung der wiederkehrenden Beiträge nicht erhöht werde. Man hätte auch einer Erhöhung der Parkgebühren nicht zugestimmt. Die FWG lege Wert darauf, dass die Kunden die Einzelhandelsgeschäfte möglichst kostengünstig und bequem erreichen können.

Nicht verzichten könne man auf das Volumen der Gewerbesteuer. Dies sei ein wichtiger Einnahmeposten im Ergebnishaushalt.

Besonders schwierig seien die Streichungen und Verschiebungen der Investitionen gewesen. Mit diesen geschobenen und gestrichenen Ansätzen hätte man alleine einen eigenen Haushaltsplan aufstellen können. Alles sei begründbar und wünschenswert, vieles habe eine Lobby. Man müsse sich aber auf die bereits begonnenen und sehr dringenden Projekte beschränken. Daher sei es gut, dass der Abriss des Pavillons am Rosenplatz geschoben werde.

Es könne aber nicht nur geschoben und gestrichen werden, man müsse auch Einnahmen erzielen. Die FWG könne sich durchaus weitere Verkäufe städtischer Immobilien in einem sozial verträglichen Rahmen und an seriöse Träger vorstellen.

Die Stadtholding sei eine Einrichtung mit Modellcharakter und leiste sehr viel für die Stadt. Dennoch müsse sich auch die Holding vor allem mit der Festhalle als Veranstaltungsort und dem La Ola als Wellnessbetrieb der Konkurrenz der benachbarten Einrichtungen stellen.

Der Kommunale Entschuldungsfonds sei für ihn ein kleines Licht am Ende des Tunnels. Man sollte ihn nicht als Heilsbringer, aber als Chance sehen.

Noch nicht beantwortet und bearbeitet sei der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion aus dem Haushalt 2010 auf Überprüfung verschiedener Verwaltungsausgaben. Er beantrage hiermit eine kurzfristige Beantwortung.

Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt 2011 zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass sich die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014 wie ein dicker roter Faden durch die zukünftige Stadtentwicklung ziehen werde. Kein bisher dagewesenes Großevent habe die Stadt mit Planung, Organisation, Veränderungen und Realisierungen mehr beschäftigt als die Landesgartenschau.

Bei den Haushaltsberatungen habe sich gezeigt, dass die Stadt Landau in den kommenden Jahren durch die notwendigen Ausgaben finanziell erdrückt und immer mehr handlungsunfähiger wird. Bestes Beispiel hierfür sei die Diskussion um die Rundsporthalle. Vieles sei hier beantragt, diskutiert und festgelegt worden. Am Ende bleibe alles beim Alten. Die Halle werde saniert, weil ein Neubau finanziell nicht zu schultern sei.

Belastend sei gewesen, dass man sich gänzlich auf Streichungen und Schiebungen von Projekten auf Folgejahre habe konzentrieren müssen. Auch in den kommenden Jahren sei eine stringente Ausgabendisziplin notwendig, um zu genehmigungsfähigen Haushalten zu kommen. Dies bedeute in der Konsequenz, dass auch keine nachträglichen Anträge ohne sachliche und realistische Gegenfinanzierung gestellt werden könnten.

Eine Erhöhung der Grundsteuer sei mit den Liberalen auf keinen Fall möglich gewesen. Die Verwaltung sollte hier auch eine Belastungsgerechtigkeit walten lassen. Positiv würde man allerdings einen weiteren Verkauf von Wohnflächen, Wohnungen und Erbbaurechten sowie eine sinnvolle Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung sehen. Ebenso sollte geprüft werden, ob durch die Zusammenarbeit mit Verbandsgemeinden und Kreisverwaltung Synergieeffekte erzielt werden könnten. Hier zeige sich die Gemeinsamkeit der leeren Kassen.

Ein großer Wurf sei der Zuschlag zur Landesgartenschau 2014 gewesen. Die städtische Entwicklung und das Erscheinungsbild der Stadt werde auf lange Sicht von den notwendigen Investitionen profitieren. Auch die anschließende Vermarktung des Wohngebietes „Am Ebenberg“ erhalte dadurch einen Marketingschub. Dennoch sei der städtische Anteil von 8 Millionen Euro kein Pappenstiel. Daher müssten Preiscontrolling und Kostenüberwachung an erster Stelle stehen.

Für die Wohnhaussanierung bleibe hinsichtlich der großen Schul- und Sportprojekte eigentlich nicht genügend Geld zur Verfügung. Dennoch werde es in den kommenden Jahren notwendig, energetische



Maßnahmen beim Wohnungsbau umzusetzen. Für die FDP bleibe es bei der grundsätzlichen Frage, ob es die originäre Aufgabe der Stadt sei, Wohnungen zu besitzen die mehr Kosten verursachen als sie Einnahmen bringen.

Die FDP-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2011 ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl sah die Haushaltsberatungen überschattet von der ungewissen Finanzierung der Maßnahmen zur Landesgartenschau. Auch wenn die Landesregierung nun die Spenderhose anziehe, bleibe die UBFL bei ihrer Ablehnung dieser PR-Maßnahme der Landesregierung. Eine Entwicklung des ehemaligen Kasernengeländes Estienne Foche wäre ihrer Meinung nach auch ohne Landesgartenschau möglich gewesen.

Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Straßenbaumaßnahmen Friedrich-Ebert-Straße und insbesondere in der Cornichonstraße mit dem geplanten Kahlschlag aller Bäume ab. Es sei bis heute strittig, wie dies finanziert werden solle. Man müsse sich fragen, ob es sein müsse dass man 4,6 Millionen Euro für diese beiden Straßen ausbe. Die UBFL-Stadtratsfraktion habe die ADD eingeschaltet und lasse die Beschlüsse zu diesen Straßen überprüfen.

Die Geothermie habe in Landau ein deutliches Akzeptanzproblem. Dies zeige das jüngste Erdbeben und die schönfärberischen Expertenausführungen. Sie frage sich, was passiere wenn während der Landesgartenschau ein Erdbeben erfolge und infolge dessen die Besucherzahl drastisch zurückgehe. Unklar sei auch, wie sich die Erdbebengefährdung auf die Vermarktung des Gebietes auswirke.

Auf dem Rücken der Mitarbeiter seien die Öffnungszeiten des LaOla ausgedehnt worden. Hier hätte parallel auch mehr Personal eingestellt werden müssen.

Man sehe als UBFL Einsparpotential im Stellenplan der Stadt. So sollten beispielsweise Beförderungen zurückgestellt werden. Mit diesen Einsparungen sollte dann der Personalbestand erhöht werden.

Auch in diesem Haushalt würden dringend notwendige Instandhaltungen von städtischen Wohngebäuden unterbleiben. Daher beantrage man einen zusätzlichen Betrag von 300.000 Euro für die Sanierung der Gebäude Cornichonstraße 47 und 49. Den Betrag sollte man bei der Sanierung des Untertorplatzes einsparen, da dies nicht dringlich sei. Weiter sollte auch der Bau des kostenintensiven Kreisels im Südring gestrichen werden und mit dem eingesparten Betrag von 300.000 Euro unter anderem eine Mensa im Schulzentrum Ost eingerichtet werden. Ein weiterer Antrag beziehe sich auf ein Gesamtkonzept für die Kasernengebäude an der Cornichonstraße.

Insgesamt gebe man vor zu sparen, leiste sich aber eine Landesgartenschau vom Feinsten. Die UBFL lehne es auch ab, dass die Stadtholding eine neue Kindertagesstätte in einem ehemaligen Kasernengebäude in der Cornichonstraße errichte und betreibe. Man sei grundsätzlich für eine neue Kindertagesstätte, aber im städtischen Haushalt verankert.

Nach wie vor sei man gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen und auch einzelner Wohnobjekte. Durch den damaligen Deal mit der Birnbachsiedlung sei viel städtischer Wohnraum privatisiert worden. Die Umwandlung zu Eigentumswohnungen habe dazu geführt, dass Menschen nicht mehr da bleiben könnten. Landau brauche aber städtische Wohnungen für sozial Benachteiligte, insbesondere Familien mit mehreren Kindern.

Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne aus den genannten Gründen den Haushalt 2011 ab.

Der Vorsitzende entgegnete zu den Haushaltsreden, dass er eine provisorische Mensa im Schulzentrum Ost für vertretbar halte, zumal die Schule für 8 Millionen Euro saniert worden sei. Diese Diskussionen seien wirklich deutsche Probleme. Auch mit den Personalkosten liege man absolut im Rahmen. Wenn die Qualität der Verwaltung erhalten werden solle, könne man nicht immer noch mehr Personal abbauen.

Ratsmitglied Schwarzmüller begründete, warum sie den Haushalt ablehne. Sie erkenne an, dass die notwendigen Investitionen weiterhin getätigt würden. Sie sei aber der Meinung, dass man sich bei dieser Haushaltslage keine Landesgartenschau leisten könne. Der mehrfach angesprochene Verkauf städtischer Wohnungen sei ihrer Meinung nach der falsche Weg. Dies könne sie nicht mitmachen.

Der Stadtrat beschließt mit 34 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:



den Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1.	<b>im <u>Ergebnishaushalt</u></b>	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	94.279.320,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>117 767.539,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 23.488.219,00 €
2.	<b>im <u>Finanzhaushalt</u></b>	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	83.177.220,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>106.669.464,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 23.492.244,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	19.312.988,00 €
	davon aus Veräußerung von Grundstücken D 9	-950.000,00 €
	(wird in gleicher Höhe als Sondertilgung verwendet)	
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>24.607.402,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 6.244.414,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	31.567.658,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.831.000,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	28.786.658,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	133.107.866,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>133.107.866,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €

3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2011 – 2014)

das nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:

2011:	24.607.402,00 €
2012:	27.134.350,00 €
2013:	18.398.600,00 €
2014:	5.669.000,00 €

4. über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau

<b>Erfolgsplan</b>	
Erträge	11.559.500,00 €
Aufwendungen	12.448.500,00 €
<b>Vermögensplan</b>	
Einnahmen	7.623.000,00 €
Ausgaben:	7.623.000,00 €
Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2012	375.000,00 €
Gesamtbetrag der Kredite	2.025.000,00 €



Gesamtbetrag der Kassenkredite 3.000.000,00 €

*c) Bürgerstiftung*

1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	190.505,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>207.800,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 17.295,00 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	190.505,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>207.800,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 17.295,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	125.000,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>25.000,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	100.000,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	315.505,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>232.800,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	82.705,00 €

*d) Landauer Kunststiftung*

1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	28.950,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>28.950,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	27.850,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>27.850,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	0,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>



Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	27.850,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>27.850,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €
e) <i>Strieffler Stiftung</i>	
1. im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	50.900,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>50.900,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €
2. im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	50.900,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>50.900,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	0,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
Sado der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	50.900,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>50.900,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €
f) über die <u>Beteiligungsberichte</u>	
Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH	
Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH	
Entsorgungswerke Landau	
Gebäudemanagement Landau	
g) über den <u>Stellenplan</u>	

**B) Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement, der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH und der Projektgruppe LAGA beim EWL beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:**

**Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen hiervon sind Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmebeginn gilt die Einleitung des Vergabeverfahrens. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmebeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen**



mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.

**Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt.**

**Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmerereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 € entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Bau einer Mensa im Schulzentrum Ost**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zur Begründung des Antrages wird auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Migl zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 2 Ja-, 32 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

**Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2010, Mittel in Höhe von 300.000 Euro für den Bau einer Mensa im Schulzentrum Ost im Haushalt 2011 bereitzustellen, wird abgelehnt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Sanierung städtische Wohnungen  
Cornichonstraße**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zur Begründung des Antrages wird auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Migl zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 3 Ja- und 35 Nein-Stimmen:

**Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2010, für die Renovierung und energetische Sanierung der Häuser Cornichonstraße 47 und 49 Mittel in Höhe von 300.000 Euro im Haushalt 2011 bereitzustellen, wird abgelehnt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.3. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die leerstehenden Kasernengebäude an der Cornichonstraße**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Zur Begründung des Antrages wird auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Migl zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 2 Ja- und 36 Nein-Stimmen:

**Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 6. Dezember 2010, für die leerstehenden Kasernengebäude an der Cornichonstraße ein Gesamtkonzept zu entwickeln, wird abgelehnt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.4. (öffentlich)

**Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2011**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 5. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2011 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

<b>Erfolgsplan:</b>	
Erträge	11.559.500,00 EURO
Aufwendungen	12.448.500,00 EURO
Differenz:	- 889.000,00 EURO

<b>Vermögensplan:</b>	
Einnahmen	7.623.500,00 EURO
Ausgaben	7.623.500,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2010 wird festgesetzt auf 2.025.000,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) die im Rahmen des Investitionsprogrammes für die Finanzplanungsjahre 2012 bis 2014 festgelegten Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang wird der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 2012 festgesetzt auf: 375.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen in den künftigen Wirtschaftsjahren voraussichtlich keine Investitionskredite aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau.

C) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2011 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Eck erläuterte den Wirtschaftsplan. Die Planung sehe Mindereinnahmen durch das neue Abfallkonzept vor, da hier eine Gebührenreduzierung kommen werde. Kompensiert werde das durch Mehreinnahmen bei den Papiererlösen. Hier habe sich die Vermarktungssituation auf dem Papiermarkt entspannt. Bei den Aufwendungen ergäben sich Mehraufwendungen durch die Einführung eines modernen Tonnenmanagements im Zuge des neuen Abfallkonzepts. Investitionen gebe es in neue Müllbehälter und auch in ein neues Müllfahrzeug. Im Bereich der Abwasserbeseitigung sei der Schmutzwasserverbrauch gestiegen, was dem Umstand geschuldet sei, dass Landau eine wachsende Stadt sei. Im Planungszeitraum seien Investitionen von 3,1 Millionen Euro in die Kläranlage geplant.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen werde. Nach seiner Meinung seien die Weichen bei den Gebühren für den Restabfall falsch gestellt worden. Man habe sich ohne Not von einem bewährten Gebührensystem verabschiedet. Er halte es nach wie vor für wichtig, dass Müllvermeidung belohnt werde. Dies sei für die Grünen eine Prinzipienfrage.

Ratsmitglied Dr. Kopf stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion dem Wirtschaftsplan zu. Dies geschehe unter dem Vorbehalt, dass die Gebührenaussgestaltung im neuen Abfallkonzept nochmals überprüft werde.

Ratsmitglied Dr. Migl lehnte den Wirtschaftsplan ab. Die UBFL-Stadtratsfraktion empfinde das neue Gebührensystem ungerecht. Dies sei für viele Bürger schlichtweg eine Erhöhung. Mit einer Erhöhung der Aufwendungen würden zudem die Kosten für die Müllverbrennung durchschlagen. Zudem lehne man die Projektentwicklung Landesgartenschau mit dem hohen Kostenaufwand ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

**1. den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2011 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:**

**Erfolgsplan**

Erträge	15.829.000,-- €
Aufwendungen	16.473.000,-- €

**Vermögensplan**

Einnahmen	10.143.000,-- €
Ausgaben	10.143.000,-- €

**Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt**

**für das Jahr 2012 auf 3.240.000,-- €**

**Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf**

**150.000,-- €**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Wirtschaftsplan 2011 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 22. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch als Geschäftsführer der Stadtholding erläuterte die Vorlage. Das operative Defizit von 2,177 Millionen Euro werde durch die Dividende der Energie Südwest AG ausgeglichen. Natürlich hänge die Stadtholding am Tropf der Energie Südwest. Es sei aber in den letzten 10 Jahren gelungen, rund 5 Millionen Euro Schulden abzubauen. Im gleichen Zeitraum habe man rund 13 Millionen Euro investiert. Diese Konstruktion stelle sich für alle Beteiligten positiv dar und habe sich bewährt. Entsprechende Mittel habe man für die Errichtung einer weiteren Kindertagesstätte eingestellt. Letztlich sei schließlich noch eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise für das Freibad enthalten. Damit könne die vom Stadtrat vorgegebene Deckelung eines Defizits von maximal 300.000 Euro auch im Wirtschaftsjahr 2011 erreicht werden.

Ratsmitglied Schröder wollte wissen, wie die Finanzierung dieser neuen Kindertagesstätte aussehe.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass dies aus Sicht der Stadtholding ein Projekt sein müsse, das als Finanzanlage zu sehen sei. Die laufenden Unterhaltskosten müssten dann im Jugendetat abgebildet werden.

Ratsmitglied Marquardt sagte, dass er dieses positive Bild nicht teilen könne. Letztlich bleibe doch die Frage, was man vorne rein gesteckt habe um dieses positive Ergebnis zu bekommen.

Bürgermeister Hirsch erwiderte, dass dies alles mehrfach und ausführlich dargestellt worden sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2011 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:**

<b>1. Erfolgsplan</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Summe der Erträge</b>		
- Betriebserträge	3.056	
- Zuwendungen	70	
- sonstiger Ertrag	55	
- Ergebnisübernahme	<u>4</u>	3.185
<b>Summe der Aufwendungen</b>		
- Betriebsaufwand	5.283	
- Finanzaufwand	<u>79</u>	5.362
<b>Gesamtergebnis 2011</b>	<b>T€</b>	<b>-2.177</b>

**2. Vermögensplan 2011**



<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>3.760</b>
<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>3.760</b>

### 3. Stellenübersicht

	<b>Stellen 2010</b>	<b>Stellen 2011</b>	<b>Stand 30.09.10</b>
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	35,20	36,70	33,17
<b>Gesamt</b>	<b>36,25</b>	<b>37,75</b>	<b>34,22</b>
Nachrichtlich:			
Azubis	6,00	6,00	6,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

### 4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

#### 4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000 T€ festgelegt.

#### 4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2011

T€

2.368 \*\*\*

\*\*\* rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus ESW-Zuzahlungsvereinbarung + Dividenden.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

#### 4.2 Finanzplan 2012 – 2016



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 2. Dezember 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Südliche Weinstrasse GmbH**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 8. Dezember 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister im Rahmen der Gesellschafterversammlung des Klinikums Landau-Südliche Weinstraße GmbH am**

**15. Dezember 2010 für nachfolgenden Beschluss des Aufsichtsrates des Klinikums zu stimmen:**

- 1. Der Aufsichtsrat schlägt der Gesellschafterversammlung nach § 16 Abs. 1 Buchstabe h) des Gesellschaftsvertrags (Bezugspunkt Gesellschafterversammlung: § 13 Abs. 1 Buchstabe f)) die Übernahme der Anteile der MVZ Südliche Weinstraße GmbH von der Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH durch die Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH vor.**
- 2. Es erfolgt keine spätere Integration der MVZ Südliche Weinstraße GmbH als unselbständigen Betriebsteil der Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH.**
- 3. Die Geschäftsführung der MVZ Südliche Weinstraße GmbH wird autorisiert, die Rückübertragung der Kassenarztsitze des MVZ in den Bereichen Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde und Frauenheilkunde auf Einzelpraxen vorzubereiten.**
- 4. Die Auflösung der MVZ Südliche Weinstraße GmbH hat bis spätestens 30. Juni 2011 zu erfolgen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Zentralen Vergabestelle vom 25. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen ist künftig der Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) vom 17. Juni 1999 zu vermeiden.**

**Von ausbeuterischer Kinderarbeit sind insbesondere folgende Produkte betroffen:**

- **Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle;**
- **Spielwaren;**
- **Teppiche;**
- **Textilien;**
- **Lederprodukte;**
- **Billigprodukte aus Holz;**
- **Natursteine;**
- **Agrarprodukte wie z. B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

**Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln zur Begleichung der Ausbaubeiträge für die Teileinrichtung Oberflächenentwässerung in der Löhlstraße, Stadion**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 26. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**außerplanmäßige Mittel in Höhe von 42.500,- € zur Begleichung der Ausbaubeiträge für die Teileinrichtung Oberflächenentwässerung in der Löhlstraße, Stadion, auf dem Produktkonto 4240.5231 bereitzustellen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Zahlung der Schulkostenbeiträge an die Verbandsgemeinde Landau-Land für die Hauptschüler aus Arzheim, Mörzheim sowie Wollmesheim, die die Grund- und Hauptschule in Ilbesheim besuchen.**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 30. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**überplanmäßige Mittel in Höhe von 47.550 € zur Begleichung der Schulkostenbeiträge an die Verbandsgemeinde Landau-Land auf dem Produktkonto 21202.52543 bereitzustellen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Verzicht auf die Erhebung von Vorausleistungen auf den endgültigen Ausgleichsbetrag nach 154 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) im Anpassungsgebiet "Teilbereich Süd-stadt"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl hatte bedenken, dass dies gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße. Hier würde die Aufforderung des Landesrechnungshofes, zeitnah Ausgleichsbeträge zu erheben, vom Tisch gewischt.

Der Vorsitzende erläuterte nochmals den Sachverhalt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**Auf die Erhebung von Vorausleistungen auf den endgültigen Ausgleichsbetrag nach § 154 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) für den Bereich des Anpassungsgebietes „Teilbereich Südstadt“ wird verzichtet.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Herstellung der Straßenoberflächen-entwässerung in der Gabelsbergerstraße -nördlicher Teil- in Landau in der Pfalz. Bildung des Abrechnungsgebietes und Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Aufwand.**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Die Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung für die Gabelsbergerstraße -nördlicher Teil- abzurechnen.
2. Aufgrund der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen sowie der §§ 2,7 und 10 KAG wird für die Erhebung von Ausbaubeiträgen folgendes Abrechnungsgebiet festgelegt und der Anteil, den die Stadt Landau in der Pfalz übernimmt, wie folgt festgesetzt:

**2.1 Abrechnungsgebiet nördliche Gabelsbergerstraße**

Nördliche Gabelsbergerstraße, zwischen dem Kreuzungsbereich Vogesenstraße/ Gabelsbergerstraße und dem Kreuzungsbereich Rheinstraße ( L 509/Gabelsbergerstraße).

Zum Abrechnungsgebiet gehört die im beigelegten Lageplan gekennzeichnete Erschließungsanlage und alle Grundstücke innerhalb der Grenzen des Abrechnungsgebietes. Die Grenze des Abrechnungsgebietes wird durch die schwarze Linie im Plan dargestellt. Der Lageplan mit seinen Eintragungen ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**2.2 Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen**

Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen für das Abrechnungsgebiet beträgt 30 %.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass die französische Bahnsteuer nicht auf den grenzüberschreitenden Bahnverkehr angewandt werde. Die Resolution des Stadtrates sei somit erfolgreich gewesen.

Der Vorsitzende sprach die Diskussion um die Geothermieranlage an. Dies sei hier eine Gratwanderung zwischen der Sicherung einer Zukunftstechnologie und der gefühlten Sicherheit der Bürger. Man müsse die Sorgen der Bürger ernst nehmen. Langfristig sei dies als Konsequenz der Geothermie nicht hinnehmbar. 2011 werde ein entscheidendes Jahr für die Zukunft der Geothermie in Landau. Wenn Geothermie in Landau scheitere, werde es auch andernorts sehr viel schwieriger. Allerdings sei das letzte Wort zur Geothermie jetzt noch nicht gesprochen.

Ratsmitglied Schröer hat den Eindruck, dass man als Stadt gar keinen Einfluss auf die Geothermie habe. Zum einen sei es privatwirtschaftlich betrieben und zum anderen sei für die Betriebsgenehmigung das Land zuständig.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man dies so nicht sehen könne. Das Land ziehe die Grenzen hier schon sehr eng. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Betreiber und das Land gegen den erklärten Willen des Stadtrates oder einem großen Widerstand aus der Bevölkerung das Kraftwerk weiterführen würden.

Ratsmitglied Ludwig unterstrich, dass man als Anwohner im Zustand der Verunsicherung lebe. Es bestehe die Gefahr, dass die Ansiedlungsbereitschaft von Leuten in der Südstadt nicht mehr sehr hoch sein werde. Die Entwicklung der Südstadt könne so konterkariert werden. Man müsse überlegen, ob man nicht in andere Bereiche wie beispielsweise Blockheizkraftwerke oder Null-Energie-Häuser investiert.

Ratsmitglied Hott war der Meinung, dass man dem Geothermieprojekt weiter eine Chance geben sollte. Dies sage er auch als Betroffener, der die Erdstöße auch bemerkt habe. Immerhin könne man mit der Erdwärme 4.000 Haushalte versorgen. Für ihn dürfe dies kein KO-Kriterium sein.

Ratsmitglied Volkhardt gab zu bedenken, dass alle alternativen Energieformen Nachteile hätten. Aber jeder wolle alternative Energieformen. Er habe vollstes Verständnis für die Betroffenen, die Angst um ihr Haus hätten. Er warne aber davor, jetzt vorschnell zu urteilen.

Ratsmitglied Dr. Wissing erklärte, dass sie auch keine Angst vor der Geothermie habe. Das eigentliche große Problem werden aber die geplanten Neuansiedlungen in diesem Gebiet sein.

Ratsmitglied Marquardt stellte die Frage in den Raum, was denn sei, wenn irgendwann man wirklich Schäden auftreten.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass sie gehört habe dass im Gewerbegebiet ein kleines Erlebniscenter entstehen solle. Sie wolle wissen, ob dies richtig sei und bitte um nähere Informationen.

Herr Messemer erläuterte, dass man hier derzeit in Gesprächen sei mit einem potenziellen Betreiber für ein Bowlingcenter. Dies sei aber nichts neues und man werde informieren, sobald dies spruchreif sei.

Ratsmitglied Vogler bemängelte die Informationspolitik der Energie Südwest. Es wäre gut zu wissen, wenn eine Baustelle wie auf der Wollmesheimer Höhe/Drachenfelsstraße wegen der Witterung eingestellt werden müsse. Sie habe auch eine schriftliche Anfrage wegen der Müllbehälter gestellt und wolle wissen, wann diese beantwortet werde.



Herr Eck erläuterte kurz mündlich den Sachverhalt. Die schriftliche Antwort erfolge in den nächsten Tagen.

Ratsmitglied Casella mahnte die Verschmutzung in der Verlängerung der Königstraße/Ecke Neustadter Straße an. Hier kümmere sich niemand darum.



Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 14.12.2010 umfasst 25 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 276.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete